Ablauf der Referendumsfrist: 27. Juli 1926.

Bundesbeschluss

betreffend

**die Genehmigung des am 19. September 1925 zwischen der Schweiz
und der Türkei abgeschlossenen Freundschaftsvertrages.**

(Vom 22. April 1926.)

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht der Botschaft des Bundesrates vom 5. Januar 1926,
beschliesst:

1. Der am 19. September 1925 zwischen der Schweiz und der Türkei abgeschlossene Freundschaftsvertrag wird genehmigt.

Der Bundesrat wird mit dem Vollzuge dieses Beschlusses beauftragt.

2. Dieser Beschluss unterliegt den Bestimmungen von Art. 89, Abs. 3, der Bundesverfassung betreffend die Unterstellung von Staatsverträgen unter das Referendum.

Also beschlossen vom Nationalrate,

Bern, den 15. April 1926.

Der Präsident: **Hofmann.**

Der Protokollführer: **F. v. Ernst.**

Also beschlossen vom Ständerate,

Bern, den 22. April 1926.

Der Präsident: **Dr. G. Keller-Aargau.**

Der Protokollführer: **Kaeslin.**

Der schweizerische Bundesrat beschliesst:

Der vorstehende Bundesbeschluss ist gemäss Art. 89, Absatz 3, der Bundesverfassung und Art. 3 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1874 betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse zu veröffentlichen.

Bern, den 22. April 1926.

Im Auftrag des schweiz. Bundesrates,
Der Bundeskanzler:
Kaeslin.

Datum der Veröffentlichung: 28. April 1926.
Ablauf der Referendumsfrist: 27. Juli 1926.

Beilage.

Freundschaftsvertrag zwischen **der Schweiz und der Türkei.**

Die Schweizerische Eidgenossenschaft
einerseits
und
Die Türkische Republik
andererseits

vom gleichen Wunsche beseelt, die Bande beständiger Freundschaft zu bekräftigen,

und von der gleichen Überzeugung durchdrungen, dass die Beziehungen zwischen den beiden Staaten dem Gedeihen und der Wohlfahrt der beiden Völker dienen werde,

haben beschlossen, einen Freundschaftsvertrag zu vereinbaren, und zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Schweizerische Bundesrat:

Herrn Giuseppe Motta, Bundesrat, Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departementes,

der Präsident der Türkischen Republik:

Tewfik Rouschdi Bey, Minister des Auswärtigen der Türkischen Republik, Munir Bey, Ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Türkei in Bern,

die, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1.

Unverletzbarer Friede und aufrichtige, immerwährende Freundschaft werden zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Türkischen Republik, sowie zwischen den Angehörigen beider Teile bestehen.

Artikel 2.

Es besteht zwischen den Hohen vertragschliessenden Parteien Einverständnis darüber, dass zwischen den beiden Staaten die diplomatischen Beziehungen gemäss den Grundsätzen des Völkerrechts herzustellen sind. Sie kommen überein, dass die diplomatischen Vertreter eines jeden von ihnen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit im Gebiete des andern die durch die Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts festgelegte Behandlung erfahren werden.

Artikel 3.

Es besteht zwischen den Hohen vertragschliessenden Parteien Einverständnis darüber, dass die beidseitigen Handels- und Konsularbeziehungen, sowie die Bedingungen der Niederlassung und des Aufenthalts der Staatsangehörigen der einen Partei auf dem Gebiete der andern durch Verträge oder Abkommen geregelt werden sollen, die sie sich vorbehalten, gemäss den Grundsätzen des allgemeinen Völkerrechts auf einer Grundlage vollkommener Gegenseitigkeit abzuschliessen.

Artikel 4.

Der gegenwärtige Vertrag wird ratifiziert und die Ratifikationen werden in Bern sobald als möglich ausgetauscht werden. Er wird am 15. Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigesetzt.

Geschehen, in doppelter Ausfertigung zu Genf, am neunzehnten September eintausendneunhundertundfünfundzwanzig.

L. S.	(gez.) Motta.
L. S.	(gez.) R. Rouschdi.
	(gez.) Mehmed Munir.

Bundesversammlung.

Die vereinigte Bundesversammlung wählte am 22. April 1926 als Mitglied des Bundesgerichtes Herrn Dr. jur. Joseph Piller, von Bonnefontaine, Professor an der Universität Freiburg, an Stelle des zum Direktor der internationalen Bureaux für gewerbliches, literarisches und künstlerisches Eigentum gewählten Herrn Dr. Ostertag. Als Ersatzmann in das Bundesgericht wurde gewählt: Herr Oberrichter Dr. jur. W. Vollenweider, von Affoltern a. A. und Zürich, in Küssnacht (Zürich).

* * *

Bundesbeschluss betreffend die Genehmigung des am 19. September 1925 zwischen der Schweiz und der Türkei abgeschlossenen Freundschaftsvertrages. (Vom 22. April 1926.)
Bundesbeschluss betreffend

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1926
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	17
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.04.1926
Date	
Data	
Seite	590-592
Page	
Pagina	
Ref. No	10 029 707

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.